**Rede von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel im Deutschen Bundestag**

**19. März 2009**

*Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:*

*Für die Bundesregierung hat Herr Bundesminister Sigmar Gabriel das Wort.*

(Beifall bei der SPD)

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal etwas zu dem angeblichen Schlingerkurs sagen. Meine Frage an die Grünen ist: Warum haben Sie sich eigentlich sieben Jahre lang nicht um die Sanierung der Asse gekümmert?

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Warum haben Sie eigentlich sieben Jahre lang keinen Gesetzentwurf erarbeitet, mit dem Sie den Versuch unternehmen, die deutsche Atomindustrie 30 Jahre rückwirkend an der Finanzierung der Sanierung von Morsleben oder der Asse zu beteiligen? Warum haben Sie das nicht gemacht?

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das deshalb nicht gemacht, weil Sie damals, als Ihr Minister noch in der Regierung war - er ist gerade draußen - -

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich weiß, bei Ihnen sind immer die Sozis schuld, wenn Sie etwas nicht hinbekommen, nur Sie selbst nicht.

(Beifall des Abg. Horst Friedrich (Bayreuth) (FDP))

Sie haben das deshalb nicht gemacht, weil Sie wussten, dass dies rechtswidrig gewesen wäre. Einige derjenigen, die mir jetzt im Blickfeld sitzen, haben einmal etwas mit Regierungstätigkeit zu tun gehabt. Sie wussten, die Verfassung verbietet es uns, die Atomindustrie rückwirkend an der Finanzierung zu beteiligen.

Deswegen kann man das nicht in einem Gesetz machen, mit dem wir die Asse sanieren. Deshalb können wir keine rückwirkende Finanzierung beschließen. Man kann aber sehr schnell ein Gesetz auf den Weg bringen, mit dem die Atomindustrie dadurch an der Finanzierung beteiligt wird, dass der Staat Steuern im Bereich der Kernbrennstoffe einnimmt. Das ist der richtige Weg. Das ist kein Schlingerkurs.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie schon darüber reden, Frau Kotting-Uhl, dann bitte unter Beherrschung der Grundrechenarten. Dies sind Einnahmen von 1,6 bis 2 Milliarden Euro pro Jahr. Sie haben gemeinsam mit uns einen Atomkonsens beschlossen, der ein sukzessives Aussteigen vorsieht. Sie können sich ausrechnen, dass sich die Einnahmen auf einen zweistelligen Milliardenbetrag belaufen werden, die Sie nutzen können, damit nicht der Steuerzahler die Sanierung von Asse, Morsleben und anderer Standorte bezahlt. Damit würde die Atomindustrie endlich angemessen an den katastrophalen Hinterlassenschaften beteiligt, die sie uns vor die Füße oder besser gesagt: unter die Füße gekippt hat.

Das ist mein Vorschlag. Sie haben während Ihrer Regierungszeit nichts unternommen, um sich diesem Thema zu widmen oder um die Finanzierung sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD und der FDP - Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wirklich unglaublich!)

Es gibt zwei pharisäerhafte Umgänge mit der Asse. Das sind einerseits diejenigen, die dort billig entsorgt haben, und andererseits die Grünen, die derzeit die Asse entdecken.

Vielleicht liegt es daran, dass ich dort wohne. Deshalb brauchen Sie mir nicht zu erzählen, was dort los ist. Ich hätte es aber besser gefunden, Sie hätten während Ihrer Regierungszeit im Bundesumweltministerium nicht alles unternommen, um die Zuständigkeit des Bundesumweltministeriums zu verhindern.

(Beifall bei der FDP)

Ich hätte es gut gefunden, Sie hätten in Ihrer Regierungszeit nicht die Stellen im Bundesumweltministerium gestrichen, die für die Beobachtung der Asse mit zuständig gewesen sind. Ich hätte mir außerdem gewünscht, Sie hätten Anträge wie diesen eingebracht, die richtig sind. Hätten Sie wesentlich früher mit der Sanierung der Asse begonnen, dann hätten wir heute nicht derartig dramatische Probleme.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde, was Sie hinsichtlich der Asse machen, ist hochgradig pharisäerhaft.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Sie haben nichts unternommen. Sie wollten das nicht. Sie haben sich der Politik gebeugt, das so zu belassen, wie es ist. Sie wollten nicht hinschauen, und heute regen Sie sich darüber auf.

Ich muss bei aller kollegialen Wertschätzung der Antiatompolitik ganz offen sagen: So einfach kommen Sie vor Ort nicht davon. Sie sind mitverantwortlich für das Handeln.

*Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:*

*Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höhn?*

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Sehr gern.

*Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:*

*Frau Höhn, bitte sehr.*

*Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):*

*Herr Umweltminister, können Sie bestätigen, dass das Umweltministerium im Jahr 1998, als Jürgen Trittin in die Regierung eingestiegen ist, überhaupt nicht für die Asse verantwortlich war, sondern dass die Kollegin Bulmahn als Bundesforschungsministerin die Verantwortung für die Asse getragen hat? All das, was Sie jetzt über die Asse sagen, lag also in der Zuständigkeit Ihrer SPD-Kollegin Bulmahn.*

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ich kann bestätigen, dass in mehreren Vermerken des Bundesumweltministeriums die Rechtsauffassung des Bundesforschungsministeriums durch Ihren Minister bestätigt wurde, dass es richtig sei, die Asse nicht unter Atomrecht zu bringen, und dass es richtig sei, die Asse in der Verantwortung des Forschungsministeriums zu belassen, und dass es keine weiteren Anmerkungen zu diesen Vorstellungen des Forschungsministeriums gegeben hat. Sie haben all das also wissentlich unterstützt, und Sie haben sogar noch eine Stelle gestrichen, durch die die Asse bei uns im Ministerium mit unter Beobachtung stand.

*Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:*

*Herr Bundesminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage: der Kollegin Kotting-Uhl?*

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Da sie sich anscheinend getroffen fühlen, gerne. So ist das Leben.

*Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:*

*Bitte sehr.*

*Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):*

*Ich diskutiere gerne mit Ihnen, Herr Minister. - Erinnern Sie sich, dass auch Sie bis zum Sommer 2008 der Meinung waren, die Zuständigkeit für die Asse liege besser beim Forschungsministerium, wie Sie das jetzt rückblickend dem Minister Trittin zuschreiben? Erinnern Sie sich, dass Sie die gleichen Worte benutzt haben? Erinnern Sie sich auch, dass Sie auch nicht durch unseren Antrag, sondern erst durch die Macht der Fakten, als nämlich die radioaktiven Laugen auftauchten, dazu bewegt werden konnten, die Asse unter Ihre Aufsicht zu stellen?*

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ich erinnere mich gut, dass ich gesagt habe, wir werden dieses Problem gemeinsam lösen. Die Kollegin Frau Schavan war die Erste, die das Bundesumweltministerium einbezogen hat. Ich erinnere mich gut, dass ich gesagt habe, das Bundesumweltministerium ist zuständig, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit eintritt. Dafür war damals nach § 19 des Atomgesetzes zu sorgen.

Ich habe dann gesagt, es ist sinnvoller, dass wir beide uns einigen und mit der Asse beschäftigen, als dass wir ein rechtsförmliches Verfahren beginnen. Dann haben wir etwas gemacht, was Sie nie getan haben, wir haben dann nämlich einen Statusbericht in Auftrag gegeben, um zu wissen, was dort eigentlich los ist. Als der Statusbericht vorlag, erwies sich, dass ein Irrtum vorlag, was wir bis dahin nicht vermutet hatten: Die niedersächsischen Behörden unter Leitung von Herrn Umweltminister Sander von der FDP - einschließlich der Bergbehörden - waren nicht in der Lage, das Verfahren rechtmäßig zu führen.

Das ist übrigens auch die Antwort auf den Einwurf von Frau Flachsbarth hinsichtlich des nicht sachgemäßen Umgangs mit Laugen. Ich habe niemals gesagt, dass die Strahlenbelastung zu hoch ist.

(Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU): Aber natürlich!)

- Nein, ich habe gesagt, sie hätten gegen geltendes Strahlenschutzrecht verstoßen. Das ist damals auch getan worden.

(Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU): Nein, nein!)

Wir haben das alles aufgeklärt. Wir haben kooperativ zusammengearbeitet, statt uns diese Dinge immer hin- und herzuspielen.

Ich will gar nicht rechtfertigen, was dort auch unter früheren SPD-Regierungen gemacht worden ist. Es geht mir nur darum, dass Sie sich hier jetzt aufspielen, als seien Sie der Retter der Asse. Sie haben die Leute dort sieben Jahre lang alleingelassen.

(Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bulmahn hat sie alleingelassen! Das war Bulmahn, und das wissen Sie auch!)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Ich finde einfach, darüber muss man öffentlich reden, wenn Sie so mit dem Thema anfangen.

*Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:*

*Herr Bundesminister, es gibt jetzt noch einen Wunsch, eine Zwischenfrage zu stellen, nämlich den des Kollegen Fell.*

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ich muss mich einmal nach der Geschäftsordnung erkundigen und fragen, ob ich eigentlich noch die Chance habe, meine Rede zu halten.

*Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:*

*Ich habe die Uhr angehalten. Sie haben noch jede Menge Gelegenheit dazu.*

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Dann gerne.

*Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:*

*Herr Kollege Fell, bitte sehr.*

(Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU): Eine interaktive Rede!)

*Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):*

*Herr Minister, danke, dass Sie mir die Gelegenheit geben. - Sie haben so sehr hervorgehoben, dass Sie aus der Umgebung der Asse kommen und bestens über die Probleme, die es dort seit vielen Jahren gibt, Bescheid wissen. Ich frage Sie: Warum haben Sie von diesen Missständen eigentlich nicht auch als Ministerpräsident in Niedersachsen richtig Kenntnis gehabt, und warum haben Sie nicht eingegriffen, sodass diese Missstände beseitigt wurden?*

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ich will diese Frage gerne beantworten:

In der Tat war ich zum ersten Mal als 16-Jähriger und später als Abgeordneter mehrfach in der Asse. Die niedersächsische Landesregierung unter dem damaligen

Ministerpräsidenten Gerhard Schröder hat als erste Landesregierung damit begonnen, Sanierungsmaßnahmen in der Asse durchzuführen - übrigens mit der Umweltministerin Monika Griefahn, einer sozialdemokratischen Kollegin hier im Deutschen Bundestag. Damals wurde damit begonnen, die Südflanke, so meine ich, zu stabilisieren, nachdem vorher dort jahrzehntelang nichts passiert war.

Danach ist der Antrag durch das Forschungsministerium gestellt worden, mit der Planfeststellung zu beginnen. Ab diesem Moment waren wir an der Debatte über die Sicherungsmaßnahmen beteiligt. Wir haben sie so kritisch bewertet, wie Sie das auch heute von uns hören. Wir waren aber die Ersten in Niedersachsen, die Stützungsmaßnahmen in der Asse veranlasst haben. Vorher hat sich niemand darum gekümmert.

Das ist die Antwort. Sie können aber gerne noch ein paar Fragen stellen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Verstehen Sie mich richtig: Ich bin doch nicht der Überzeugung, dass nur die Atomwirtschaft dort Fehler gemacht hat. Mich regt aber die pharisäerhafte Debatte auf. Ich sage Ihnen: Die Sozialdemokraten haben das nicht unter die Verantwortung des Umweltministeriums gestellt, die Christdemokraten haben das nicht getan, die Grünen haben nicht darum gekämpft, sondern alles beim Alten belassen, und die Linkspartei hat sozusagen die Gnade der späten Geburt. Für das Erbe ihrer Vorläuferorganisation SED sind wir in Morsleben allerdings auch zuständig.

Wir alle haben dort also politisch unser Päckchen zu tragen. Ich wehre mich aber gegen diese pharisäerhafte Debatte, die Sie hier lostreten, wonach Sie das alles besser gemacht hätten und wonach es bei uns einen Schlingerkurs hinsichtlich der Finanzierung gebe. Das alles ist - seien Sie mir nicht böse - Kokolores. Daran stimmt nichts. Wir haben das endlich in den Griff bekommen und versuchen, mit großer Intensität weiter daran zu arbeiten. Die Menschen vor Ort erwarten von uns, dass wir diesen Zirkus nicht fortsetzen,

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- hört doch auf! -, sondern in der Art und Weise, in der wir uns in der Sache einig sind, arbeiten.

Es gibt zwei Dinge, die nicht gehen. Frau Kollegin Flachsbarth, es ist nicht möglich, mit dem Hinweis auf die angeblichen Sicherheitsbedenken das zu tun, was der Kollege Sander in Niedersachsen will, nämlich möglichst schnell alles zu verfüllen, Deckel drauf und Ende, ohne zu wissen, was sich darin befindet und ob es langzeitsicher ist. Das machen wir nicht. Wir können das nicht einfach nur deshalb, weil wir keine Lust mehr haben, uns damit zu befassen, zulasten unserer Urenkel vergraben. Das ist unmöglich.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens geht es nicht an - das sage ich kritisch an die Grünen gerichtet -, dass wir den Fehler wiederholen, den die Atomindustrie gemacht hat. Die Atomindustrie hat politische Vorgaben machen wollen, wie mit der Asse umzugehen ist. Das hat dazu geführt, dass dieses Chaos entstanden ist. Jetzt sagt Ihr Landstagskollege in Niedersachsen: „Der Gabriel muss das jetzt alles vor der Bundestagswahl entscheiden; sonst glauben wir ihm nicht, dass das notfalls herausgeholt wird.“

(Zuruf der Abg. Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Tun Sie mir einen Gefallen, Frau Pothmer: Lassen Sie uns mit den Leuten reden, die etwas von der Sache verstehen. Sie gehören nicht dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein bisschen überheblich!)

*Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:*

*Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Flachsbarth?*

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Nein, ich würde gerne fortfahren. - Sie fordern „Alles raus, aber schnell!“ Das ist ein Motto für den Winterschlussverkauf. Für die Asse ist es nicht geeignet. Die kritischen Wissenschaftler aus der Region sagen, dass wir Zeit brauchen. Genauigkeit geht vor Schnelligkeit. Es darf keine Schlampigkeit geben, nur weil die Bundestagswahl bevorsteht. Das werden wir durchhalten. Was immer Sie vor Ort sagen, wir werden nichts am Konzept der Langzeitsicherheit ändern, und wir werden nicht, nur weil Sie gerne politischen Wahlkampf machen wollen, Maßnahmen vorschlagen, die die Menschen dort auf lange Sicht gefährden werden. Das werden wir nicht machen, Frau Pothmer, auch wenn Sie es öffentlich fordern.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einige wenige Bemerkungen zum Thema Kernenergie machen. Ich finde, es macht Sinn, den Blick darauf zu richten, wie in der Vergangenheit argumentiert worden ist. Dazu habe ich eine schöne Anzeige gefunden. Das, was heute zu diesem Thema gesagt wurde, scheint wieder in dieselbe Richtung zu führen. Der Wiedergänger in dieser Debatte, Frau Brunkhorst - das immer wieder auftauchende Thema -, ist die Kernenergie selber. Es sind nicht diejenigen, die vor den Gefahren warnen. Ich zitiere:

Strom aus Wind: Ja, aber ?

- Das entspricht ein bisschen Ihrer Debatte. -

Die Dänen sind europäischer Spitzenreiter bei der Nutzung der Windenergie: 1988 wurde in Dänemark fast jede hundertste Kilowattstunde aus Wind erzeugt - das entspricht einem Anteil von 0,9 Prozent am gesamten Stromverbrauch.

Jetzt kommt es:

Eine vergleichbar intensive Nutzung der Windkraft ist in der Bundesrepublik wegen anderer klimatischer Bedingungen nicht möglich. Fragen zur Kernenergie beantwortet gerne: Informationskreis Kernenergie.

Dieselbe Debatte erleben wir heute. Sie wollen den Leuten weismachen, man brauche die Atomenergie in der Grundlast, weil die erneuerbaren Energien nicht ausreichten. Ich sage Ihnen: Das Gegenteil ist richtig. Wer öffentlich erklärt, man brauche wegen der fluktuierenden Energie im Netz aus Wind oder Sonne die Atomenergie in der Grundlast, der hat entweder nicht verstanden, wie ein Elektrizitätsnetz oder ein Atomkraftwerk funktioniert, oder er sagt der Öffentlichkeit bewusst die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN sowie des Abg. Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Atomenergie und erneuerbare Energien sind nicht zu kombinieren. Wer wissen will, was dabei herauskommt, wenn man es versucht, konnte dies gerade beim Abfahren von Biblis A erleben. Man kann Atomkraftwerke nicht als Regelkraftwerke nutzen.

Deswegen funktioniert die Kombination Atomenergie und erneuerbare Energien nicht.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

- Es tut mir leid, dass Sie sich jetzt getroffen fühlen. Aber ich meinte Sie auch.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Diese Kombination funktioniert nicht. Allerdings braucht man Regelkraftwerke aus anderen Energieformen. Selbst wenn wir - wie es die Grünen wollen - bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf 40 Prozent erhöhen, brauchen wir Regelkraftwerke. Das sind dann unter den Bedingungen des Emissionshandels Kohle- und Gaskraftwerke. Dass die Grünen den Ausstieg aus Atomenergie und aus der Kohleenergie fordern und dann als einzige Regelenergie die Gasverstromung zur Verfügung steht, ist nicht möglich. Das ist zu teuer. Deswegen ist eine Debatte über die Nutzung im Rahmen des Emissionshandels für Kohle notwendig.

Die Atomenergie ist weltweit bei weitem nicht auf dem Vormarsch, wie es öffentlich behauptet wird. Es gibt 436 Atomkraftwerke. 200 davon sind so alt, dass sie in den nächsten Jahren erneuert werden müssten. Es liegen um die 40 Bauanträge vor. Einige davon sind 20 Jahre alt.

Vielleicht will man sich nicht auf politische Ausstiegsbeschlüsse verlassen. Auf den Kapitalismus kann man sich in der Regel eher verlassen. Es geht um Kosten in Höhe von 3 bis 5 Milliarden Euro. Es dauert 15 Jahre, bis man das Geld zurückbekommt. Ich bin gespannt, wie sexy dieses Investment nach den Erfahrungen des Finanzmarktes beim Wiederanspringen der weltweiten Konjunktur ist. In Europa befindet sich de facto ein Atomkraftwerk im Bau, und zwar in Finnland. Das wird gerade vor die Wand gefahren. 700 Millionen Euro hat dort ein deutsches Unternehmen versenkt, glaube ich. Die Mehrkosten belaufen sich auf über 1 Milliarde Euro. Die Bauzeit verlängert sich um zwei Jahre. Wenn man so etwas als Wirtschaftsförderung in Deutschland einführen will, dann kann ich nur gute Besserung wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Völlig unterschätzt wird die Proliferationsgefahr. Wenn wir den Leuten weltweit sagen: „Die Atomenergie ist das Richtige“, dann machen wir das, was die Inder tun: Sie setzen nicht auf Uran - Frau Kotting-Uhl hat recht, wenn sie sagt, das Uranvorkommen sei begrenzt -, sondern gleich auf Plutonium. Das bedeutet, die Verbreitung waffenfähigen Nuklearmaterials nimmt weltweit auf dramatische Weise zu, wie wir es uns zur Zeit des Kalten Krieges nicht hätten vorstellen können. Wer der Welt erklärt, allein die Atomenergie sei die Energie der Zukunft, der darf sich nicht wundern, wenn ein paar Verrückte in dieser Welt zuhören und sie auch haben wollen.

(Katherina Reiche (Potsdam) (CDU/CSU): Wer tut denn das?)

- Unter anderem Sie mit Ihrer Propaganda und der Behauptung, es gebe eine Renaissance der Kernenergie.

(Beifall bei der SPD - Katherina Reiche (Potsdam) (CDU/CSU): Ach Gott!)

Frau Reiche, es war nicht der Bundesumweltminister, der erklärt hat, Atomenergie sei Bioenergie. Das waren doch Sie von der CDU/CSU. Für Sie ist wahrscheinlich die Asse eine Biotonne; das nehme ich stark an.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir jedenfalls setzen weiterhin auf Effizienz und erneuerbare Energien.

(Zuruf von der CDU/CSU)

- Herr Kollege, ich habe nicht erwartet, dass meine Rede auf ungeteilten Beifall stößt; das wollte ich auch nicht.

Ich möchte Ihnen nicht die Umfragen ersparen, die Sie so nett zitiert haben. Das war zwar sehr freundlich, aber ich muss Sie leider korrigieren. Wir haben auf der BMU-Homepage eine Onlinebefragung - auf diese haben Sie verwiesen - durchgeführt. Es gab 14 726 Votings. Allerdings waren Mehrfachabstimmungen zugelassen. Das Ergebnis ist: 57 Prozent sind gegen den Atomausstieg. Nun hat die Welt, die sich solchen Umfragen offensichtlich sehr verbunden fühlt, diese Umfrage fortgeführt. Man hat wahrscheinlich gedacht: Wir ärgern jetzt den Umweltminister, führen seine Umfrage fort - da so viele Menschen für die Kernenergie sind - und zeigen, wie das geht. - Bei der der fortgeführten Umfrage gab es 59 734 Votings. Dabei waren Mehrfachabstimmungen ausgeschlossen. Nun raten Sie einmal, wofür es eine Mehrheit gab? 51 Prozent waren für den Atomausstieg.

(Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU): Warum haben Sie das dann von Ihrer Homepage genommen?)

- Sie irren sich. Die Ergebnisse finden Sie weiterhin auf unserer Homepage.

Es wird noch besser. Unabhängig von dieser gekaperten Umfrage bietet diese Zeitung seit dem 18. Februar ihren Lesern ein weiteres Onlinevoting zum Atomausstieg an. Auf die Frage: „Sollen alle deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet werden?“

(Dr. Norbert Röttgen (CDU/CSU): Onlinevoting!)

- Sie haben das in Ihrer Rede eingeführt, ich zitiere nur die Umfragen, die Sie auch zitiert haben; mehr mache ich nicht - erklären 84 Prozent derjenigen, die an dieser Umfrage teilgenommen haben: Ja, sofort aussteigen. Das Pünktchen auf dem I in Sachen Umfragen setzt die gleiche Zeitung mit einem Bericht vom 1. März 2009, in dem sie auf eine repräsentative Umfrage der GfK im Auftrag der Welt am Sonntag - nun dürften alle im Saal beruhigt sein - hinweist. Unter der Überschrift „Mehrheit will den Atomausstieg“ heißt es:

Das Ergebnis zeigt, dass die Vorbehalte gegen Kernenergie in der Bevölkerung noch immer überwiegen: 53,2 Prozent der Befragten plädierten dafür, am deutschen Atomausstieg wie geplant festzuhalten. Nur 29,7 Prozent hielten es dagegen für richtig, die .gesetzlich begrenzten Laufzeiten der deutschen Meiler doch wieder zu verlängern.

Fazit: Die Debatte über die Renaissance der Kernenergie wird von den Marketingabteilungen der Unternehmen getriggert. Diejenigen, die sich hier missbrauchen lassen, machen sich zu Lobbyisten der vier großen Energieversorger, die 1 Million Euro pro Tag an einem weiterlaufenden, abgeschriebenen alten Atomkraftwerk verdienen. Darum geht es, und nicht um Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD)